

Betreff:

Antisemitismus, Antiziganismus und gruppenbezogene Diskriminierung bekämpfen
-Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, FDP vom 08.11.2018 -

Antragstext:

Über 70 Jahre nach Ende des Zweites Weltkrieges und dem Holocaust ist Antisemitismus, nach wie vor in der deutschen Gesellschaft tief verankert. Alle Bemühungen von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Seite konnten diesen Problemlagen bis heute offensichtlich nicht zufriedenstellend bekämpfen. Nach wie vor muss die Polizei jüdische Einrichtungen bewachen. Auch werden Mitglieder von jüdischen Gemeinden öffentlich und in den sozialen Medien beschimpft und beleidigt. Sehr besorgniserregend sind Gewalttaten und Anschläge auf jüdische Einrichtungen - nicht nur in Deutschland, sondern weltweit, wie erst jüngst in den Vereinigten Staaten.

Allerdings ist Judenfeindlichkeit „unterhalb der Wahrnehmungsschwelle“ nur ein Teilaspekt eines viel größeren Problems: Gruppenbezogene Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sind ebenso wie Antisemitismus tägliche Praxis in Deutschland.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt bereits eine Vielzahl von Projekten, die sich mit gruppenbezogener Diskriminierung und Gewalt auseinandersetzen und diese zukünftig verhindern wollen. Die demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung wollen jene Organisationen stärken, die sich täglich mit diesen Phänomenen beschäftigen und konstruktive Lösungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt gegen Minderheiten einsetzen.

Eine potentielle Meldestelle, die wiederum nur für einzelne Gruppen bestimmt ist, trägt zur Spaltung in der Gesellschaft bei, weil der Fall „wir“ gegen „die Anderen“ hier erneut projiziert wird. Eine *Meldestelle Gruppenbezogene Diskriminierung* muss deshalb für alle Bürgerinnen und Bürger offenstehen.

Daher wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie und wo das Land Hessen sämtliche Fälle von Antisemitismus erfasst und welche konkreten Schlussfolgerungen das Land daraus zieht,
2. in der Zwischenzeit Gespräche mit relevanten Akteuren wie der jüdischen Gemeinde, dem Verband deutscher Sinti und Roma, den muslimischen Gemeinden, dem Stadtschülerrat und dem Ausländerbeirat über die Notwendigkeit und Möglichkeit der Einrichtung einer Meldestelle für gruppenbezogene Diskriminierung aufzunehmen,
3. die Einschätzung der in Punkt 2 genannten Akteure in ein Gespräch mit der Jugendinitiative „Spiegelbild“ einzubringen und auf Basis der geführten Gespräche eine Magistratsvorlage zu erarbeiten, die die Arbeit der Jugendinitiative „Spiegelbild“ bei der Bekämpfung von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und gruppenbezogener Diskriminierung stärker unterstützt und weiter ausbaut.

Antrag Nr. 18-F-24-0003
SPD, CDU, Grüne, FDP

Wiesbaden, 08.11.2018

Nadine Ruf
Fraktionsvorsitzende
(SPD-Fraktion)

Dennis Volk-Borowski
Fraktionsgeschäftsführer
(SPD-Fraktion)

Dr. Reinhard Völker
Fachsprecher
(CDU-Fraktion)

Gunnar Koerdts
Fraktionsgeschäftsführer
(CDU-Fraktion)

Felix Kisseler
Stellv. Fraktionsvorsitzender
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sebastian Neumann
Fraktionsreferent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Chris Diers
Fraktionsvorsitzender
(FDP-Fraktion)

Jeanette Wild
Fraktionsgeschäftsführerin
(FDP-Fraktion)